

# Sicherheit, Recht und Ordnung



# Opferschutz statt Täterschutz

**D**ie Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum «Schengen»-Raum führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit hoher Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug ist endlich durchzusetzen.



“Der Staat muss seiner Bevölkerung Sicherheit bieten. Die Schweiz ist durch die offenen Grenzen spürbar unsicherer geworden. Schlussfolgerung: Der Schweizer Staat muss die Grenzen wieder kontrollieren.”

### Die Unsicherheit wächst

Alle dreizehn Minuten stiegen 2017 irgendwo in der Schweiz Einbrecher in eine Wohnung oder ein Haus ein. Auf 100'000 Einwohner kamen im gleichen Jahr knapp 500 Einbrüche. Damit ist die Schweiz seit Jahren für professionelle Banden und Diebe Zielland Nummer eins in Europa. Dies wirkt sich direkt auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land. Ältere Leute, aber auch Frauen, wagen sich nach Einbrechen der Dunkelheit nicht mehr auf die Strasse. Jugendliche, vor allem junge Frauen, werden im Ausgang angefasst, bedroht oder gar angegriffen.



### Auftragsverweigerung der Politik

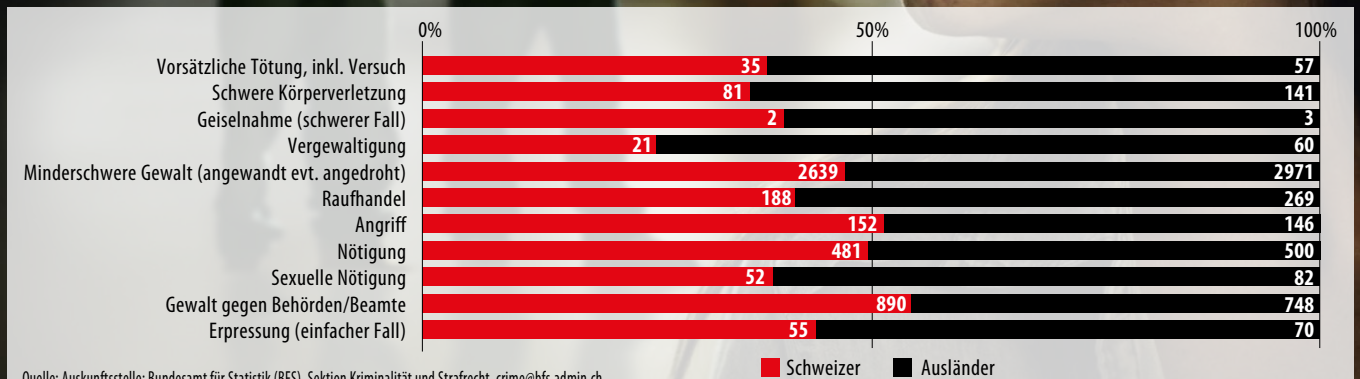
2010 haben Volk und Stände der SVP-Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Bundesrat und Parlament haben den klaren Auftrag des Souveräns bei der Umsetzung aber mit einer «Härtefallklausel» verwässert. Damit können die Gerichte weiterhin selber nach eigenem Gusto entscheiden, wann ein Straftäter ausgeschafft werden soll. Die daraufhin von der SVP lancierte Durchsetzungsinitiative lehnte der Souverän ab, im Vertrauen auf die Versprechungen der Linken und Bürgerlichen, dass die Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umgesetzt werde und die «Härtefallklausel» nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zur Anwendung komme. Wie die SVP aber bereits in der parlamentarischen Beratung prophezeite, weisen die Ausschaffungszahlen leider darauf hin, dass Straftäter auch weiterhin nicht ausgeschafft werden. Die «Härtefallklausel» entpuppt sich so als «Täter-schutzklausel».

### Jugendliche in Gefahr

Unser Strafrechtswesen krankt heute in verschiedenen Bereichen. Zum einen werden – vor allem bei Gewaltdelikten – zu milde Strafen ausgesprochen. Viele Richter schöpfen das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele milde Urteile und der lasche Vollzug sorgen dafür, dass die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. Ein weiteres Problem sind die teilweise viel zu langen Verfahren. Unser Strafrecht ist mittlerweile schwergewichtig darauf ausgerichtet, für Täter eine entgegenkommende und hilfebietende Sanktion zu finden, welche die Therapiewir-



### Verurteilungen nach Straftaten im Jahr 2017



kung höher gewichtet als den Straf- und Abschreckungscharakter. Dabei geht – gerade bei Gewaltdelikten – das Opfer vergessen. Auch im Bereich Jugendstrafrecht sind Verschärfungen angezeigt. Dass 17-jährige Straftäter erheblich mildere Strafen und Sanktionen erfahren, hat sich in organisierten Verbrecherkreisen herumgesprochen, weshalb vermehrt Kinder für die Verübung von Straftaten rekrutiert werden.

### **Null-Toleranz bei Gewalt**

Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen, insbesondere auch in Fällen, wo Polizisten oder Beamte angegriffen werden. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Um den Handlungsspielraum des Richters einzuschränken, sind deshalb vermehrt Mindeststrafen angezeigt. Das Jugendstrafrecht, das auf minderjährige Täter Anwendung findet, muss dringend verschärft werden. Der Justiz muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei minderjährigen Tätern das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Zudem ist wegzukommen vom teuren, therapielastigen Vollzug. Die Haft soll kein Wellnessaufenthalt sein.

### **Grenzen kontrollieren**

Die Schweiz muss die Grenzen wieder so kontrollieren, wie sie es vor dem Beitritt zu «Schengen» getan hat. Ein Land, das sei-

ne Grenzen unkontrolliert öffnet und keine systematischen Grenzkontrollen mehr durchführen darf, vergibt ein wesentliches Element seiner Souveränität und setzt seine Sicherheit aufs Spiel. Ausländische Diebesbanden veranstalten regelrechte Raubzüge durch unser Land. Dennoch geben wir Jahr für Jahr mehr Steuergelder für das nichtfunktionierende «Schengen»-Abkommen aus. Während der Bundesrat vor der Volksabstimmung zum «Schengen»-Abkommen noch von Kosten in der Höhe von etwa 8 Millionen Franken gesprochen hat, kostet uns «Schengen» heute jährlich bereits einen dreistelligen Millionenbetrag (Tendenz steigend).

Dass eine lückenlose Kontrolle der Grenze nicht möglich ist, ist unbestritten. Es hat jedoch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung, wenn beim Grenzübertritt mit einer Kontrolle gerechnet werden muss. Es erstaunt nicht, dass Delikte von Kriminaltouristen an den Grenzen und in Dörfern und Städten entlang der Autobahnen verübt werden. Bereits kurze Zeit nach der Straftat sind die Delinquenten wieder ausser Landes. Auch über die Vergabe von Visa muss die Schweiz wieder eigenständig entscheiden und Schengen-Visa nicht blind akzeptieren.



## Standpunkte

### Die SVP ...

- fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
- fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
- verlangt, dass die Verjährungsfrist für lebenslange Strafen von heute 30 Jahre auf unverjährbar angehoben wird;
- verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten verhindert werden können;
- unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;
- verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Nationalitäten sowie ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird;

- fordert, dass das «Schengen»-Abkommen von Staaten mit «Schengen»-Aussengrenzen konsequent angewendet wird;
- fordert, dass die Schweiz im Rahmen des «Schengen»-Vertrages von ihrem Recht Gebrauch macht, Grenzkontrollen wieder einzuführen, um die Einreise von illegalen Einwanderern und Kriminaltouristen zu verhindern;
- fordert die konsequente Anwendung des Nachrichtendienstgesetzes bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Cyberkriminalität.

### + Vorteile

#### Das bringt mir:

- ✓ als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- ✓ als Jugendliche weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- ✓ als Gewaltopfer die Gewissheit, dass die Täter aus dem Verkehr gezogen werden;
- ✓ als Richter und Polizist griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.